

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementpreis** mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Postgebühren monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 3.50 M. Erscheinung täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Anzeigen** werden die gespaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Werbeanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 42.

Dresden, Dienstag den 20. Februar 1917.

28. Jahrg.

## Ein Nahrungsmittelkommissar in Preußen

Die dieser Tage immer deutlicher hervorgetreten ist, hat zwischen dem Kriegsernährungsamt und dem mächtigen preussischen Landwirtschaftsministerium, hinter dem die Junker mit ihrem Einfluß und ihren Sonderinteressen stehen, erhebliche Meinungsverschiedenheiten, die bereits zu Kabinettsfragen geführt haben sollen, in denen der Herr v. Schorlemer wenigstens zum größten Teil siegreich gewesen ist. Mit diesen Vorgängen hängt offenbar auch die jetzt erfolgte Ernennung eines Nahrungsmittelkommissars für Preußen zusammen, worüber folgendes gemeldet wird:

Wb. Berlin, 19. Februar. Durch Allerhöchste genehmigten Beschluß des preussischen Staatsministeriums vom 12. bzw. 17. Februar ist die Einsetzung eines Staatskommissars für Volksernährung angeordnet worden. Invertrautsekretär Ministerial-Beirat Rat Dr. Michaelis ist zum Staatskommissar ernannt worden.

Damit hat nun Preußen auch seinen Nahrungsmittelkommissar und wird wahrscheinlich auch noch sein Lebensmittel- und Bekleidungsamt bekommen. Offenbar sind die Ernährungsministerien der hauptsächlichsten Anlauf zu dieser Maßnahme gewesen. Aber nicht diese allein schlechthin, sondern vor allem wohl die besonderen Schwierigkeiten, die daraus entstünden, daß das preussische Landwirtschaftsministerium den Bestimmungen des Kriegsernährungsamtes einen gewissen Widerstand entgegenbringt oder ihnen doch nicht den Nachdruck verleiht, der nötig war, diesen Verfügungen Geltung zu verschaffen. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Balock hat wohl das Recht, Verfügungen zu erlassen, und er hat ja damit auch nicht zurückgehalten; sie waren wohl alle auch gut gemeint und manche auch gut durchgedacht und von der Absicht bestimmt, die Nahrungsmittel für eine angemessene Verteilung herauszubekommen, soweit solche noch vorhanden sind. Das dazu wären auch entsprechende Maßnahmen, vor allem zur einschneidenden Weltbewachung der Anforderungen an die landwirtschaftlichen Betriebe, nötig gewesen, um zur rechten Zeit das zu erhalten, was zur Volksernährung in der Kriegszeit nötig ist. Man sollte meinen, daß dies alles in der jetzigen Zeit der Not selbstverständlich wäre. Gehört doch heute als erstes Ergebnis zum Durchhalten vor allem die Bereitstellung aller noch verfügbaren Nahrungsmittel zu einer gerechten Verteilung. Aber das Selbstverständliche und Notwendige scheint das preussische Landwirtschaftsministerium trotz den besten Bestimmungen des Kriegsernährungsamtes besonders dann nicht tun zu haben, wenn es damit den juristischen Betrieben in der Landwirtschaft nahegetreten und Maßnahmen einleiten sollte, um die dort noch aufgestellten Kartoffelmeingen umherauszuholen.

Daraus haben sich die oben erwähnten Konflikte ergeben. Und es scheint, daß das Gebot der Stunde in der Zeit arger Ernährungsnotwendigkeiten dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes doch einigen Einfluß verschafft und ihm die Möglichkeit gegeben hätte, seine von der Notwendigkeit diktierten Anordnungen wenn auch nicht im, so doch gegen das preussische Landwirtschaftsministerium zur Geltung bringen zu können. Freilich, ein entschiedenes rücksichtsloses Durchgreifen gegen den Willen des Herrn v. Schorlemer scheint auch unter diesen Umständen noch nicht erreicht worden zu sein. Was jetzt durch Einsetzung des preussischen Nahrungsmittelkommissars geschehen ist, erweckt ganz den Eindruck eines Kompromisses. Allerdings ist amtlich über die Befugnisse des neuen Herrn noch nichts mitgeteilt worden; was man aber sonst erfährt, offenbart ziemlich deutlich, daß Dr. Michaelis nicht die Rechte uneingeschränkt erhalten soll. Maßnahmen ungehemmt zur Geltung zu bringen, die die Ernährungsnot der Zeit gebietet. Es heißt nur, daß er ein Vertreter des Ministers des Innern werde, der die Beaufsichtigung der gesamten Kommunalverwaltung ausüben soll. Nach weiteren Ausführungen soll er die Befugnisse in seinem Amte vereinigen, die der Landwirtschaftsminister, der Handelsminister und der Minister des Innern in Preußen als Landeszentralbehörden gegenüber den Landesbehörden haben; auch eine Verbindung mit dem Kriegsernährungsamt soll bestehen.

Damit ist natürlich so gut wie nichts gesagt. Man wird indes näheres noch abwarten müssen. Sicher ist aber schon heute, wenn in Preußen nicht die Möglichkeit geschaffen wird, die im Interesse der Volksernährung nötigen Maßnahmen ohne Rücksichtnahme auf die landwirtschaftlichen Interessen durchzuführen, so ist mit dem neuen Nahrungsmittelkommissar nichts erreicht. Wir wollen nun heute noch nicht behaupten, daß die ganze Gründung verfehlt sei. Beachtlich erscheint aber: doch ein Hinweis des Berliner Tageblatts auf die Entschiedenheit des preussischen Ministers des Innern im Abwehrverhandlung. Dabei hat er zu dem damals in Aussicht genommenen Nahrungsmittelkommissar schon einiges gesagt, was aber in den Berichten nicht recht zum Ausdruck gekommen und in der Öffentlichkeit infolgedessen nicht hinreichend beachtet worden ist. Der Minister hat ausdrücklich betont, daß der neue Staatskommissar die Aufsicht über die verschiedenen Handelsämter für Ernährungsfragen haben und für eine gewisse Einheitslichkeit sorgen, und daß ihm diese beiden gewisse Obliegenheiten der preussischen Nahrungsmittelminister übertragen werden sollen, aber — so hat er — bezugnehmend auf den Herrn v. d. Osten ausdrücklich hinzuge-

## Erklärung eines Stützpunktes bei Le Tranloj. — Aufhebung einer feindlichen Besetzung bei Berdun. — Vorstoß nördlich des Stanic-Tales.

(W. T. N.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 20. Februar 1917.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Armee des Generalfeldmarschalls Fergus Klotzsch von Württemberg

schickte vormittags ein nach Feuerbereitung einsehender Vorstoß der Engländer westlich von Messines. Ein Offizier und sechs Mann blieben in unserer Hand.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

An der Artois-Front wurden einige englische Gefangene vorwärts abgeworfen.

Auf dem Nordufer der Aisne übernahm eine Streifabteilung einen englischen Posten und brachte 7 Gefangene zurück. Nach kurzer Feuerwirkung nahmen unsere Stoßtruppen einen Stützpunkt südlich von Le Tranloj im Sturm und führten die Befreiung von 30 Mann gefangen ab.

Seeresgruppe Kronprinz:

In der Champagne und in den Vogesen verliefen keine Unternehmungen für die Franzosen ergebnislos; an der Nordfront von Verdun gelang und ein Handreich ergab eine feindliche Besetzung, die bei hellem Tage aufgehoben wurde.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

In einzelnen Abschnitten war die russische Artillerie tätiger als in den Vortagen, besonders südlich des Demosjans-See und auf dem Ufer der Karajewa.

Front des Generalobersten Grafen von Joseph:

In den Karpaten bei Scherzreiden für und erfolglos Streifen. Ein russisches Blockhaus südlich des Smatrec wurde nach Gefangennahme der Besatzung gesprengt.

Südlich des Stanic-Tales führten wir unsere Kampftruppe nach Vertreibung feindlicher Posten und Abwehr von Gegenangriffen auf einen Höhenkamm vor.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Radetzky:

Bei Maduski am Zerch drangen Sturmtruppen in die russische Stellung und führten nach Zerstörung von Unterständen mit elf Gefangenen und mehreren Maschinengewehren zurück.

Russische Front:

Zwischen Warbar und Toironer lag bis zum Abend heftige Feuer auf unseren Stellungen; ein Angriff ist nicht erfolgt.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

## Englische Falschmeldungen über die Kämpfe am Tigris.

† Konstantinopel, 19. Februar. Das türkische Großquartier teilt mit, die Engländer verließen durch Vermittlung der Station Polshu am 14. Februar, daß sie unsere Truppen, die auf dem südlichen Ufer des Tigris operieren, vollständig eingeschlossen hätten und daß es den türkischen Truppen, die vor sich die Engländer und hinter sich den durch die englischen Kräfte beherrschten Tigrisstrom hätten, unmöglich sein würde, sich aus dieser Lage zu ziehen. Obwohl die Engländer sich gegenüber dem Tigris und hinter den Stellungen befinden, die wir und selbst umgeben haben, hat der Feind diese Lage nicht auszunutzen verstanden infolge der Operationen des Wechfels des Frontufers, die ohne jede Behinderung im richtigen Augen-

blick infolge eines ausbrechenden Geheimes ausgeführt wurde. Auch infolge des Scheiterns dieses Planes der Engländer, den sie betrieblig angeht hätten, haben die englischen Kommandanten, wie in dem Berichte des osmanischen Generalstabs vom 19. Februar berichtet worden ist, sich gezwungen gesehen, sich südlich des Tigris zum Rückzug zurückzuziehen.

## Zugzusammenstoß in Berlin.

† Berlin, 20. Februar. Heute morgen um 5 1/2 Uhr fuhr ein der Richtung Schönhauser Allee ein Strohtransport unter der Schutzhülle einer Brücke auf das durch Herreiben der Kuppelung losgelockerte Ende eines Waggons auf. Es waren ungefähr 15 Waggons. Einige Personen wurden leicht verletzt. Der Schaden ist gering. Der Verkehr blieb auf einige Stunden gestoppt.

gefügt: „Die preussischen Reformminister sind dadurch keineswegs ausgeschlossen, sondern einmal sind sie durch Kommissare bei diesem Kommissar selbst wieder vertreten, und dann können sie in jedem Augenblick auch Einspruch erheben wegen einer Anordnung, die von diesem Kommissar erlassen wird, mit der sie nicht einverstanden sind. Das genannte Blatt kommt zu folgendem Ergebnis: „Jedem Reformminister, also in erster Linie Herrn v. Schorlemer, steht demnach gegenüber dem preussischen Staatskommissar für Ernährungsfragen ein Veto recht zu, und so sind, wenn man die Dinge nüchtern an, auch dem neuen Staatskommissar bereits die Hände gebunden, ehe er auch nur ernannt ist. Genau so, wie es vorher mit dem Kriegsernährungsamt und Herrn v. Balock geschehen war!“ Die geäußerten Zweifel scheinen durchaus beachtlich. Denn ein Nahrungsmittelkommissar, der jederzeit durch Einsprüche preussischer Reformminister, insbesondere auch des gewaltigen Herrn v. Schorlemer, lahmgelegt werden kann, wird allerdings kaum imstande sein, für die Volksernährung etwas zu erreichen, besonders dann nicht, wenn dazu Maßnahmen erforderlich sind, die den Agrariern unangenehm werden könnten.

## Amerikas unangenehme Lage.

Seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Vereinigten Staaten ist nichts von erheblicher Bedeutung geschehen. Wilson will offenbar den letzten Bruch soweit wie möglich hinauschieben, aber es besteht doch eine Spannung, die für beide Teile recht unangenehm ist. Deutschland hat ja von vornherein mit allen Möglichkeiten gerechnet, dagegen kommt der unbedingt ententeunvermeidliche Richtung in Amerika immer mehr zum Bewusstsein, daß sie ein gefährliches Spiel treibt, um so mehr als der Beitritt der Neutralen zu dem Schritte Amerikas nicht erreicht werden konnte. Der politischen Wäskne in Washington erwachsen von Ruba und Mexiko her neue Schwierigkeiten und die Lage wird immer verwirrt, da der Eintritt in die deutschfeindliche Front politisch, der unabhängige Krieg aber militärisch widersinnig wäre. Die militärischen Vorbereitungen der Amerikaner sind gewiß nicht zu unterschätzen. Der Krieg hat gelehrt, daß eine längere Dauer der Kämpfe auch Möglichkeiten der Anpassung und Kriegsbereitschaft bietet, die man von vornherein für undenkbar gehalten hätte. Aber wenn die Amerikaner proklamieren, daß sie gegebenenfalls sogar bereit seien, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, so ist bis zu der Ausföhrung ein sehr weites Feld. Und die großen Zahlen des amerikanischen Flottenprogramms zeigen doch auch, daß sich die ganze Anlage der amerikanischen Flotte nur auf die Frage der Verteidigung der amerikanischen Küsten bezieht.

Nach den vorliegenden Meldungen drängt die amerikanische Presse die Regierung zum Handeln. New York World, die demokratische New York Times und die liberale New Republic vereinigen sich mit den Konservativen im Ausdruck ihrer Kritik über das erniedrigende Schauspiel, daß die deutsche Seezerrung schon 14 Tage den amerikanischen Handel lahmlegt. Andererseits werfen Parlamentarier der Presse vor, sie verdränge unnötig den Konflikt und dränge unverantwortlich zum Kriege. Im Repräsentantenhaus hielt der Abgeordnete Mann eine Rede für den Frieden. Gott allein wisse, sagte er, wozu wir trieben, wenn die Vereinigten Staaten in den Krieg träten. Senator Stone verlangt Maßnahmen gegen die Zeitungen, die durch irreführende Nachrichten den Konflikt mit Deutschland verschärfen.

Die Times melden laut einem Amsterdamer Blatt aus Washington: Gestern konferierte Wilson auf dem Kapitol mit den demokratischen Führern im Senat. Das Ergebnis dieser Konferenz unterliegt die Meinung, daß vor dem Auseinandergehen des Kongresses am 8. März Wilson seine Zustimmung für die nötigen Maßnahmen zum Schutz des Lebens und des Eigentums von Amerikanern zur See erbitte oder der Kongreß ihn ersuchen wird, einen entsprechenden Entschluß zu fassen. Der Präsident hat bei den Senatoren den Eindruck erweckt, daß er den Zustand zwar noch äußerst ernst ansieht und jeden Moment eine Katastrophe erwartet, nichtsdestoweniger aber noch andauernd hofft, so oder so den Krieg abzuwenden zu können. Einer der Gründe, warum Wilson um die Ermächtigung des Kongresses, die amerikanischen Interessen zu schützen, einkommt, ist der Wunsch, eine außerordentliche Sitzung des Kongresses zu vermeiden. Seine Einberufung würde, wenn der jetzige Vorschlag angenommen wird, nur im Kriegsfall erfolgen. Nachdem er sich der Unterstützung durch den Kongreß versichert hat, wird Wilson, wie angenommen wird, mit der Bewaffnung der amerikanischen Schiffe beginnen, darauf, falls deutsche U-Boote eines dieser oder der unbewaffneten Schiffe zum Sinken bringt, die besetzten Matrosen durch Befehl an die Flotte erweitern, den Amerikanern und soweit möglich den neutralen Handel zur See mit Europa zu schützen. Die meisten Amerikaner erwarten davon ein Zusammenwirken mit der englischen Flotte durch Verlängerung der durch diese gefährigten Fahrstraße bis in oder selbst über den Atlantischen Ozean und die Deckung aller amerikanischen Häfen für alle alliierten Kriegsschiffe. Inzwischen legt der Präsident seine Politik geduldigen Abwartens fort und gibt damit der amerikanischen Flotte volle Zeit, sich vorzubereiten. So haben auch die industriellen und finanziellen Führer des Landes Ruhe, die beste Form der Ausnutzung der Hilfsquellen des Landes zu überlegen. Ein umfangreicher Ausschluß der Völkergesellschaft Washingtons verhandelte, bevor die industrielle Kriegsorganisation.